

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,
Jugendliche und Familien
am Montag, dem 12.03.2012, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Jahresbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien 2011	190/2012 4
2.	Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr vom 01.08.2012 bis 31.07.2013	191/2012 5
3.	Vorstellung der Arbeit des Jugendamtselternbeirates	192/2012 6
4.	Bundeskinderschutzgesetz zum 01.01.2012	193/2012 7
5.	Schulsozialarbeit	194/2012 8
6.	Projekt Patenzeit	195/2012 9
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	
1.	Abschluss von Verträgen über die Übernahme von Vormundschaften und Pflegschaften mit freien Trägern	196/2012 10

Anwesend:

Vorsitz
Luster-Haggeney, Rudolf
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Blömker-Stockmann, Maria
Brockmann, Dagmar
Dirkorte-Kukuk, Susanne
Jaworski, Monika
Pinnekamp, Ursula
Rüting, Wolfgang
Schmal, Ferdi
Schulte, Gabriele
Spanke, Michael
Strübbe, Robert
Wartala, Franz-Jörg
Wördemann, Christiane
stellv. Ausschussmitglieder
Böhm, Holger
Börger, Heinz Dr.
Mors, Annette
Nienkemper, Dorothea
Ostermann, Norbert
von der Verwaltung
Middendorf, Anne
Röttger, Kirsten
Terbrack, Gerd

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Arnkens-Homann, Dagmar
Behring, Herwig
Fiedlers, Nils
Flötotto, Helmut
Gericke, Olaf Dr.
Horstmeyer, Heinz
Kost-Ateser, Annegret
Laufkötter, Martina
Lindstedt, Cornelia
Schulte, Stephan

Der Vorsitzende Herr Luster-Haggenev eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien mit Einladung vom 21.02.2012 form- und fristgerecht eingeladen worden ist.

Herr Luster-Haggenev begrüßt die Vertreter des Jugendamtselternbeirates, Frau Schürmann und Herrn Mertins.

I. Öffentlicher Teil

1.	Jahresbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien 2011	190/2012
----	--	-----------------

Herr Rüting stellt einzelne Punkte des Jahresberichtes vor.

Auf Nachfrage von Frau Wördemann berichtet er, dass das Cafe Kinderwagen vor 2 Jahren in Ennigerloh gestartet sei. Ob tatsächlich alle Personen erreicht werden, könne er nicht mit Sicherheit sagen. Die Zugangswege seien so organisiert, dass Hebammen und Kinderärzte auf dieses Angebot hinweisen. Im Cafe Kinderwagen seien immer ein Tandem aus Hebamme und Erzieherin tätig, die im Rahmen eines Honorarvertrages vergütet werden. Die Auslastung sei hoch. Im neu eingerichteten Cafe Kinderwagen in Warendorf gebe es rd. 20 Teilnehmerinnen, in Ennigerloh ca. 70 Teilnehmer/-innen. Es sei geplant, dass Angebot evtl. an einem zweiten Vormittag einzurichten. Das Konzept des Cafe Kinderwagen sei so erfolgreich, weil es einen zwanglosen und angstfreien Zugang der Mütter ermögliche. Das Label "Jugendamt" stehe nicht daran. Betroffene suchten oft aus Angst, dass ihnen die Kinder genommen würden, nicht die Hilfe des Jugendamtes. Sofern sich weiterer Unterstützungsbedarf ergebe, werde das Jugendamt aber eingeschaltet.

Frau Mors dankt für den facettenreichen Bericht. Ihre Frage zu der Qualifizierung der Tagespflegepersonen beantwortet Frau Middendorf dahingehend, dass das Praktikum neu in die Rahmenbedingungen aufgenommen worden sei. Für viele Tagespflegepersonen sei dies ein neues Betätigungsfeld. Während des Praktikums sollen sie sich praktische Kenntnisse aneignen. Die Resonanz sei positiv. Der Qualifizierungskurs bestehe aus verschiedenen Modulen. Insgesamt fallen Kursgebühren von rd. 1.000 € an, von denen die Tagespflegeperson 300 € zahle. Dieser Betrag kann bei der Steuererklärung als Betriebsausgaben geltend gemacht werden. Für die Tätigkeit erhält die Tagespflegeperson einen Förderbetrag von 5 € (bei Vorliegen Zertifikat) je Stunde und Kind (brutto) zzgl. der hälftigen Sozialversicherungsbeiträge. Eine Tagespflegeperson habe Ø 2,3 Kinder, Tendenz steigend.

Frau Birkhahn dankt für den umfangreichen Bericht. Sie fragt nach, ob es evtl. ein Landesprojekt gebe, in dem ausgewertet werde, wie und über welchen Zeitraum sich Prävention auszahle. Herr Rüting erläutert, dass es seines Wissens keine seriöse Berechnung dieser Art gebe. Er stelle seit einigen Jahren fest, dass niederschwellige, von Familien angenommene Hilfe, guten Erfolg habe. Erkennbar sei auch, dass das Konzept OGS Wirkung zeige. Herr Dr. Börger ergänzt, dass die Frage der Wirkungskontrolle schon lange ein Thema sei. Er ist überzeugt, dass eine Investition in Prävention wirtschaftlich sei. Der GPA-Bericht zeige bei den Hilfen zur Erziehung einen eher moderaten Anstieg.

Der Bericht zeige, so Herr Ostermann, dass das Jugendamt gut aufgestellt ist. Es sei davon überzeugt, dass frühe Hilfen langfristig greifen. Er wünsche sich für die etwas älteren Kinder im Cafe Kinderwagen eine Gruppe "Bobbycar", nicht als Konkurrenz zu den Spielgruppen, sondern als niederschwelliges Angebot.

Zu der Betreuung von Kindern in Kindertagespflege berichtet Herr Dr. Börger, dass die Tagespflege weiter professionalisiert werde. Durch die Umstellung auf eine Pauschalzahlung ist für die Tagespflegeperson eine Vereinfachung in den Zahlungen entstanden. Er bedauert, dass das Land sich nicht ausreichend an den Kosten beteilige. Er bemerkt abschließend, dass ohne die Kindertagespflege der Rechtsanspruch für ein- und zweijährige Kinder nicht sicher zustellen sei.

2.	Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr vom 01.08.2012 bis 31.07.2013	191/2012
-----------	--	-----------------

Herr Rüting und Frau Middendorf stellen die Kindergartenbedarfsplanung anhand einer Powerpoint-Präsentation vor. Ein aktualisierter Vergleich der Versorgungsquoten U 3 ist als Anlage beigelegt.

Auf Nachfrage von Frau Birkhahn und Herrn Ostermann erläutert Frau Middendorf, dass es sich bei der Anzahl der Plätze bzw. Kindpauschalen nicht um die tatsächlichen Kinder handle. Nicht alle Eltern, zum Beispiel anderer Glaubensrichtungen, schicken ihre Kinder in eine Tageseinrichtung.

Frau Mors möchte wissen, ob die Bedarfe, insbesondere für die 1- bis 2-jährigen Kinder gedeckt seien. Frau Middendorf erläutert, dass alle Bedarfe erfasst worden sind. Tatsächlich könnten nicht alle Wünsche nach Betreuung U3 in einer Tageseinrichtung erfüllt werden. Vorrangig bekommen Eltern, die die Bedarfskriterien erfüllen (Berufstätigkeit, Schule, Ausbildung) einen Platz. Herr Dr. Börger macht deutlich, dass die Berufstätigkeit von Eltern nicht an einer fehlenden Betreuungsmöglichkeit scheitern darf. Bisher habe es keine gravierenden Probleme gegeben.

Zu den weiteren Fragen antwortet Frau Middendorf, dass die finanzielle Ausstattung des Trägers mittels Kindpauschalen sicher gestellt sei. Bisher habe kein Träger auf eine U 3-Gruppe verzichtet, weil er kein Personal bekomme.

Auf die Nachfrage von Herrn Ostermann zum demografischen Wandel erklärt Frau Middendorf, dass aufgrund der rückläufigen Kinderzahlen durch Gruppenumwandlungen Plätze für Kinder unter 3 Jahren angeboten werden können. Herr Rüting ergänzt, dass es immer Schwankungsbreiten gebe. Dies werde zum Beispiel aktuell in Freckenhorst deutlich. Die Kinderzahlen steigen an, dies werde zukünftig so nicht bleiben. Tendenziell seien die Kinderzahlen in den nächsten Jahren deutlich rückläufig.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2012/2013 festgelegten Gruppenformen und das sich daraus ergebende Einrichtungsbudget für die Tageseinrichtungen sowie die Anzahl der erforderlichen Integrationsplätze im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. Vorstellung der Arbeit des Jugendamtselternbeirates

192/2012

Herr Mertins und Frau Schürmann stellen sich vor.

Herr Mertins dankt dem Ausschuss für die Einladung und die Möglichkeit der Vorstellung. Er berichtet, dass der Jugendamtselternbeirat sich in Kreiselternerat umbenannt habe. Er selber sei auch Vertreter im Landeselternbeirat. Dort arbeite er im Bereich Revision des KiBiz und habe am Krippengipfel NRW teilgenommen. Als Kreiselternerat wolle man übergreifende Themen für alle Tageseinrichtungen behandeln. Bisher habe man einen Vorsitz gewählt und sich eine Geschäftsordnung gegeben. Herr Mertins beantragt, dass ein Vertreter des Kreiselternerates einen festen Sitz im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien bekommt. Zudem beantragt er eine finanzielle Förderung für Fahrtkosten etc.

Herr Dr. Börger schlägt vor, dass die Anträge durch die Verwaltung geprüft werden sollten und dann in der nächsten Sitzung Bericht erstattet werde. Er fragt Herr Mertins nach seiner Einschätzung zum Thema Inklusion in Tageseinrichtungen.

Herr Mertins berichtet, dass er Mitglied in der Arbeitsgruppe zum Inklusionsbericht "Erziehung und Bildung" sei. Inklusion sei ein guter Grundgedanke, müsse aber mit Augenmaß umgesetzt werden. Es sei zwingend erforderlich, dass heilpädagogische Plätze bestehen bleiben. Das System funktioniere. Der Elternwunsch sollte beachtet werden.

Herr Luster-Haggeney macht deutlich, dass das Kind in den Mittelpunkt gestellt werden müsse.

Herr Ostermann verweist auf die Gutachten von Herrn Berning und von Herrn Klaus Klemm/Ulf Preuss-Lausitz zum Thema Inklusion hin.

Frau Birkhahn erklärt, dass die Gutachten keine politische Handlungsanweisung darstellen. Das Elternwahlrecht werde in NRW hoch angesetzt. Maxime sei, dass kein Kind mit Förderbedarf bei der Inklusion schlechter dastehen dürfe.

Im Weiteren diskutiert der Ausschuss über die Inklusion und den Förderbedarf von Kindern. Frau Jaworski berichtet, dass sie 25 Anträge auf Förderbedarf Lernen vorliegen habe.

Abschließend lässt Herr Luster-Haggeney abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Vertreter des Jugendamtselternbeirates/Kreiselternerat als Mitglied in den Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien aufgenommen werden kann. Weiterhin soll geprüft werden, ob und in welcher Höhe eine finanzielle Förderung erfolgen kann. Die Verwaltung soll in der nächsten Sitzung über die Ergebnisse berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr Rütting stellt die Auswirkungen des Bundeskinderschutzgesetzes anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

5. Schulsozialarbeit

194/2012

Der Tagesordnungspunkt wird von Herrn Rüting vorgestellt.

Frau Mors begrüßt die Einstellung von Schulsozialarbeitern. Sie hat die Sorge, dass die Städte und Gemeinden die Schulsozialarbeit nicht mehr so durchführen können, wenn die Finanzierung durch den Bund auslaufe.

Herr Dr. Börger berichtet von der Zusage des Landes, in 2011 nicht verausgabte Mittel in das Jahr 2014 übertragen zu können. Schulsozialarbeit sei eine dauerhafte Aufgabe. Der Kreis werde sich schwertun, gute Arbeit einzustellen.

Herr Böhm fragt an, ob sich die Schulsozialarbeiter um alle Kinder kümmern werden oder schwerpunktmäßig um die Kinder von SGB II-Empfängern. Herr Dr. Börger antwortet, dass der Schwerpunkt insbesondere bei den Grundschulern sei. Ein zweiter Schwerpunkt sei der Übergang Schule Beruf. In der Praxis sei es realitätsfern, sich nur um SGB II-Empfänger zu kümmern. Herr Dr. Börger hält ein Konzept Schulsozialarbeit für sinnvoll und möchte den Städten und Gemeinden anbieten, gemeinsam daran zu arbeiten.

Herr Böhm regt an, bei der Erarbeitung der Eckpunkte die Agentur für Arbeit zu beteiligen. Dieses Angebot nimmt Herr Dr. Börger gerne an.

Die Entwicklung eines Konzeptes wird von Frau Birkhahn begrüßt, auch wenn es nur für zwei Jahre gelten sollte.

Herr Ostermann wünscht sich regelmäßige Berichterstattung um Ausschuss über die Entwicklung der Schulsozialarbeit.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der in der Vorlage bezeichneten Eckpunkte ein Rahmenkonzept zur Qualitätsentwicklung Schulsozialarbeit in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden im Kreis Warendorf und dem Jobcenter zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Projekt Patenzeit	195/2012
-----------------------------	-----------------

Herr Rütting stellt das Projekt Patenzeit vor. Herr Luster-Haggeney fasst zusammen, dass das Konzept überzeuge.

Beschlussvorschlag:

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nimmt die Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst Kath. Frauen e. V. im Kreis Warendorf - Projekt Patenzeit - zum nächstmöglichen Zeitpunkt auf. Der Einsatz von Familienpaten soll, als Teil des Arbeitsansatzes Frühe Hilfen, im beschriebenen Umfang erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen